



Flüchtlinge brauchen eine menschenwürdige Perspektive

Flüchtlinge brauchen eine menschenwürdige Perspektive
Zum morgigen 20. Jahrestag des sogenannten "Asylkompromisses" vom 6. Dezember 1992 erklärt Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: "Die unter Union, SPD und FDP ausgehandelte Verschärfung und Einschränkung des Grundrechts auf Asyl im sogenannten 'Asylkompromiss' von 1992 war eine schwarze Stunde für die Humanität in diesem Land. Seitdem müssen Flüchtlinge, die bei uns eine sichere Zukunft finden wollen, politische Verfolgung nachweisen, sie leiden unter Arbeitsverboten und dürfen ihren Aufenthaltsort nicht verlassen, werden in Massenunterkünften untergebracht und leben zum Teil in menschenunwürdiger, permanenter Unsicherheit durch jahrelange Kettenduldungen." Der Reform des Asylgesetzes ging Anfang der 1990er Jahre eine bis dahin beispiellose politische Kampagne gegen Flüchtlinge und Asylsuchende voraus. Regierungsvertreter streuten damals die Angst vor einer "Überschwemmung Deutschlands durch Massen von Flüchtlingen", obwohl die tatsächlichen Zahlen ein solches Szenario nicht hergaben. Damals wurde mit dem bewussten Verbreiten einer rassistischen Stimmung Politik gemacht und damit die Schikanen für ankommende Flüchtlinge im 'Asylkompromiss' begründet. Heute, 20 Jahre später, erleben wir wieder eine widerliche Kampagne gegen Flüchtlinge. Vor allem Roma und Sinti aus Balkanländern werden pauschal zu "Wirtschaftsflüchtlingen" erklärt und ihnen wird jede Berechtigung zur Flucht abgesprochen, obwohl die Zustände in ihren Herkunftsländern für sie ein menschenwürdiges Leben unmöglich machen. Den Ton dieser Kampagne gibt mit Bundesinnenminister Friedrich erneut ein Mitglied einer schwarz-gelben Bundesregierung vor. Die Innenminister der Länder sollten sich auf ihrer Konferenz klar von den Plänen für weitere Sanktionen für Sinti- und Roma-Flüchtlinge distanzieren. Es wird Zeit, dass wir endlich die Fehler des 'Asylkompromisses' zurücknehmen und Flüchtlingen eine menschenwürdige Perspektive in Deutschland geben. Deswegen fordern wir die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, ein bundesweites Ende der unsäglichen Residenzpflicht, Geld statt Essenspaketen sowie die Abschaffung der Massenunterkünfte für Flüchtlinge. Doch Flüchtlingsschutz funktioniert heute nur auf europäischer Ebene. Deswegen muss Deutschland sich auf EU-Ebene für einheitliche, hohe Asylstandards sowie ein Ende der Festung Europa einsetzen. Es kann nicht sein, dass Menschen zu Tausenden im Mittelmeer zu Tode kommen, weil sie durch ein harsches Abschottungsregime der EU an einer legalen Einreise behindert werden." PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand
Dr. Jens Althoff, Pressesprecher
Platz vor dem Neuen Tor 1 * 10115 Berlin
Email: presse@gruene.de
Tel: 030 - 28442 130 * Fax: 030 - 28442 234


Pressekontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Firmenkontakt

Bündnis 90/Die Grünen

11015 Berlin

<mailto:presse@gruene.de>

Wir wollen mit unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die Voraussetzungen für neue Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze mit Zukunft schaffen und soziale Ausgrenzung bekämpfen. Wir wollen den Kampf gegen die Klimazerstörung und für eine neue Energiepolitik verstärken. Unsere Wirtschaft wollen wir ressourcenschonend gestalten. Wir wollen eine neue Landwirtschaft und starke ländliche Räume, wir wollen die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken und gesunde Lebensmittel für alle. Für uns hat die Gesundheit der Verbraucherinnen und Verbraucher Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen. Wir wollen den Menschen durch Bildung eine Zukunftsperspektive geben. Wir wollen das Engagement für Demokratie, Bürgerrechte, Minderheiten und eine weltoffene Gesellschaft weiterführen. Wir treten national wie international für die gerechte Globalisierung und eine dem Frieden, der Gewaltfreiheit, den Menschenrechten und der Demokratie verpflichtete Außenpolitik ein.